Vom Tumult zum Generalstreik am 12.11.1948

STUTTGARTER ZEITUNG

Dienstag, 9. November 1948

Generalstreik am kommenden Freitag

HERFORD (AP). Der Zweizonengewerkschaftsrat hat endgültig beschlossen, den angekündigten eintägigen Generalstreik gegen die hohen Lebenshaltungskosten am kommenden Freitag durchzuführen. Voraussichtlich werden vier bis fünf Millionen Arbeiter an dem Ausstand teilnehmen. Der Beschluß wurde trotz einer unmittelbar vorher ergangenen scharfen Warnung des britischen und des amerikanischen Militärgouverneurs gefaßt. Clay und Robertson hatten in einer eilig einberufenen Konferenz mit Gewerkschaftsvertretern erklärt, Streiks seien nicht das geeignete Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Von 12 Mio. Beschäftigen in den Westzonen beteiligen sich ca. 8 Mio. am Generalstreik

Neben einem Stopp von Preiserhöhungen und Bestrafung von Wucher wurde von den Gewerkschaften eine Rückkehr zu planerischen Lenkung der Wirtschaft und der Überführung der der Großindustrie in Gemeineigentum gefordert.

Nach Absprache zwischen dem DGB und den Militärverwaltungen blieben Protestkundgebungen und der Einsatz von Streikposten meist aus. Der Generalstreik verlief weitgehend friedlich.

Der Wirtschaftsrat reagiert:



Angesicht der Unruhen und des Generalstreiks erließ der Wirtschaftsrat der Westzonen unter seinem Direkt Ludwig Erhard folgende Maßnahmen:

- ein Gesetz zur Regulierung der Preise v.a. der Grundversorgung und gegen "Preiswucher"
- ein Gesetz zur Warenlenkung und Preisstabilisierung von Rohstoffen und importierten Gütern
- der Lohnstopp wurde bereits am 3.11.1948 aufgehoben, nach dem Generalstreik wurden die Löhne auch fast überall erhöht.
- die Aushandlung der Löhne und Gehälter wurde in die Tarifautonomie von Unternehmen und Gewerkschaften übertragen (gilt im Grunde bis heute).